Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 41 (1962)
Heft: 7-8

Buchbesprechung: Literatur
Autor: Bardach, M. / B.H.

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

auf den Westmärkten notiert wurden, herangezogen werden. Dieses System erschwerte den Warenaustausch mit dem Ausland und verunmöglichte, den wirklichen Bedarf der Bevölkerung an Konsumgütern kennenzulernen.

Dieses System wird seit 1956 zu ändern versucht. Die Spanne zwischen Verkaufspreisen und Gestehungskosten wurde verringert. Die sowjetische Währungsreform vom 1. Januar 1962 und die bulgarische sollen den offiziellen Kurs an die durchschnittliche Kaufkraft annähern. Aber das erleichtert noch nicht den Abschluß multilateraler Verträge.

So haben die Ostblockländer eine Etappe der wirtschaftlichen Harmonisierung hinter sich, sind aber noch weit entfernt von der wirtschaftlichen Integration. Vor allem erschwert die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Länder ihre Verschmelzung. Außerdem erfordern die Probleme der kommunistischen Wirtschaft noch gründliche Studien.

Literatur

Die Arbeiter und die Arbeiterräte in Polen

In Nr. 8 der polnischen Wirtschaftszeitung «Zycie Gospodarcze» (Wirtschaftsleben) ist Andrzej Bobers «Brief statt einer Reportage» veröffentlicht, der im nachfolgenden übersetzt ist.

Sehr geehrter Herr Redaktor!

Vor zwei Wochen erhielt ich von Ihnen den Auftrag, einen Artikel zu schreiben, der das Problem der Arbeiterselbstverwaltung erörtern sollte. Sie haben mir dazu eine Reihe von Belehrungen und Instruktionen mitgegeben, wie ich dieses Thema anfassen, wie «den Stier bei den Hörnern» packen soll, wie die Arbeit mit einer bestimmten Dosis «von Herz» ausstatten. Unter Berufung auf das Dienstverhältnis forderten Sie, daß ich meine Erwägungen auf konkrete Tatsachen stützen soll, in einem konkreten Betrieb konkrete Konflikte «wählen» soll, an denen man «Licht- und Schattenseiten» des Funktionierens (oder Nichtfunktionierens) der Arbeiterselbstverwaltung zeigen könnte. Sie waren so freundlich, meine Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß ich in meinen Ausführungen die bestehenden institutionellen Formen billigen, dagegen mich auf Tatsachen konzentrieren und erst auf dieser Basis «Schlüsse und Verallgemeinerungen» feststellen sollte.

Alle Hinweise prägte ich mir im Gedächtnis gut ein. Aber, nach gründlicher Überlegung und nach Versuchen des empfohlenen «Durchbeißens» des Themas kam ich zu dem Schluß, daß ich den Auftrag nicht werde ausführen

können. Statt der Reportage sende ich zu Ihren Handen die Resignation, eine Resignation im weitesten Sinne. Ich verzichte auf das Schreiben des mir aufgetragenen Artikels, und wenn Sie der Ansicht sind, daß eine solche Undiszipliniertheit strafwürdig ist, überlasse ich es Ihnen, die weiteren Konsequenzen zu ziehen.

Ich glaube aber, daß ich mit Rücksicht auf das Dienstverhältnis und die berufliche Ehrlichkeit diesen Schritt näher begründen muß.

Ihrem Auftrag gemäß begann ich mit einem «gründlichen Studium» des Problems. Ich studierte sehr gründlich das Sejmgesetz über die Arbeiterselbstverwaltung vom 20. Dezember 1958. Ich machte mich mit den Materialien der Diskussion über den Gesetzesvorschlag bekannt. Ich vertiefte mich in die Richtlinien des Reglements für die Organe der Arbeiterselbstverwaltung. Einige Nächte widmete ich der Lektüre von all dem, was darüber in den letzten Jahren geschrieben wurde. Von den Presseveröffentlichungen (auch in unserer Wochenschrift) bis zu den Beschlüssen des IX. Plenums des ZK der KP, in denen festgestellt wird:

> «Die systematische Tätigkeit der Organe der Arbeiterselbstverwaltung ist die richtigste Form für eine Teilnahme der Belegschaften an der Verwaltung und Gestaltung ihrer Verantwortlichkeit für die Entwicklung des Betriebes und der nationalen Wirtschaft wie auch die beste Form, die produktive Initiative der Belegschaften zu wecken.»

Mit den Argumenten ausgerüstet, die mir die erwähnte Lektüre verschaffte, ging ich, entsprechend Ihrem Auftrag, in den konkreten Betrieb.

Leider, ich stand jetzt vor einer schweren Aufgabe. Man erklärte mir dort, daß man mit mir als Privatperson, aber nicht als Journalist sprechen könne. Sie hatten wahrscheinlich Grund dazu.

Aber nicht das war die Hauptursache meiner Resignation.

Der Betrieb gehört zu den größten und wichtigsten. Seine Produktion ist für den Binnen- und Außenmarkt bestimmt. Die Belegschaft ist 2000 Mann stark. Das Sortiment der Produktion umfaßt einige Hundert nicht zu bagatellisierender Positionen. Der Lohnfonds erreicht jährlich fast fünf Millionen Zloty. Die Materialversorgung stützt sich auf eine Reihe von Rohstoffen (darunter viele defizitäre), die Betriebe arbeiten mit mehreren Kooperanten zusammen, die Fertigprodukte, Halbfabrikate und Bestandteile liefern.

Sie dürften meiner Meinung beipflichten, daß es in einem solchen Betrieb viele sehr komplizierte Probleme gibt, daß dort täglich Konflikte entstehen, zu denen die Leute verschiedene Stellungen einnehmen.

Ich werde Ihnen einige Aussagen anführen, die vielleicht zu allgemein gehalten sind. Leider hatte aber die Mehrheit der Befragten keine große Lust, sich auszusprechen.

Der Vorsitzende des Arbeiterrates:

«Der Arbeiter sieht im Arbeiterrat nicht einen Vertreter seiner Interessen. Warum? Die Arbeiter sehen und hören oft, daß die Beschlüsse des Rates nicht beachtet werden, daß die Pläne durch die übergeordneten Organe starr festgelegt sind, daß der Rat einen minimalen Einfluß auf die Zuweisung angemessener Fonds für den Wohnungsbau hat, daß die Information über das wirtschaftliche Leben im Betrieb eine Fiktion ist. Die Arbeiter sehen daher im Rat ein formelles Organ, das jeder, falls es für ihn notwendig ist, hintergehen kann und nicht zu beachten braucht.»

Der Sekretär der Parteiexekutive in demselben Betrieb:

«Allgemein herrscht die Ansicht vor, daß die Entwicklung der Arbeiterdemokratie von der Rolle abhängt, die die Parteiorganisation als politischer Leiter im Betrieb spielt, und von ihrem Arbeitssystem. Unsere Arbeiter sehen die Parteiorganisation fast als verantwortlich für die Arbeiterselbstverwaltung an. Wir sind in ihren Augen schuld daran, daß die Planindizes erhöht, die Geldprämien des Ministeriums nach dem von dort üblichen Taxschema (11 Ingenieure-Techniker, 2 physische Arbeiter) verteilt wurden. Statt einem Organ der Arbeiterselbstverwaltung wurden wir eine Institution für ‚Klagen und Beschwerden'. Auf dieser Basis entsteht ein unzulässiges Verhältnis der Menschen zur Selbstverwaltung. Sie sind oft zutiefst überzeugt, daß der Arbeiter- oder Betriebsrat eine Fiktion ist, die keinen Einfluß auf die Organisation der Betriebsarbeit hat und daß eher die Parteiorganisation prädisponiert ist, bei allen Angelegenheiten ihre Stimme zu erheben.»

Der Vorsitzende des Betriebsrates:

«Wir ‚zählen' im allgemeinen ‚nicht'. Man überließ uns einen schmalen Abschnitt der Arbeit. Die Organisation der beruflichen Schulung. Aber wir haben zum Beispiel keinen Einfluß auf die Ausarbeitung des Plans für technischen Fortschritt im Betrieb. Dieser Plan wird im Verband festgelegt.»

Der Betriebsdirektor:

«Man begegnet oft dem Vorwurf, daß die Direktion die Arbeiterselbstverwaltung ignoriert, ihre Meinung nicht beachtet, mit ihr nicht diskutiert. Aber worüber kann ich diskutieren, wenn ich genau weiß, daß die Selbstverwaltung an den Produktionsplänen oder den Basisindizes nichts ändern wird, weil sie als Direktiven vom Verband geschickt werden. Hier ist eine Diskussion notwendig. Unsere Planungsmethodologie rechnet leider nicht mit der Meinung derer, die den Plan verwirklichen.»

Und jetzt die Ansicht des gewöhnlichen Arbeiters:

«Der Arbeiterselbstverwaltung wurden durch Beschluß gewisse Rechte zuerkannt, die den Grad ihrer Selbständigkeit bestimmen. Dieser Grad ist schwerlich meßbar. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese ‚theoretische Selbständigkeit' sehr groß war. Leider zeigte die Praxis — ich würde so sagen —, daß sie unbemerkt eingeschränkt wurde. Aber durch wen? Es ist schwer, hier *einen* Schuldigen zu finden und auf ihn mit dem Finger zu zeigen. Dies um so mehr, da es mir scheint, daß es sich hier nicht um einen konkreten Menschen handelt. Und wenn es nicht ein konkreter, greifbarer Mensch ist, wer ist es dann in einem solchen Falle? Oder was? Ich will versuchen, ohne großes Risiko darauf zu antworten. Alle (oder all das), die die der Selbstverwaltung verliehenen Rechte brechen, die ihre Existenz nicht beachten und ihr Recht, ihre Meinung über die Ausarbeitung der Pläne zu verkünden, schicken dem Betrieb bereits fertige Direktiven oder Empfehlungen in Form verpflichtender Befehle.»

Und schließlich die Ansicht eines Ingenieurs:

«Im Betrieb sind der Arbeiter-, der Betriebsrat, die Parteiorganisationen und der Betriebsdirektor tätig. Diese Glieder sollten bei ihrer konkreten Arbeit das eine prinzipielle Ziel verfolgen: die Mitglieder des Kollektivs (oder der Allgemeinheit der im Betrieb Beschäftigten) in die Arbeit für die Ergebnisse des Unternehmens hineinzuziehen. Aber die komplizierten Angelegenheiten, die zu dem Unternehmen gehören, setzen auch viele besondere Ziele, die erst in summa jenes grundsätzliche Ziel bilden. In Verbindung damit ist es notwendig, daß jede Abteilung sich mit ihren eigenen Abschnitten der Arbeit befaßt, über die die Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung die Kontrolle auszuüben hat. Indessen beobachten wir in der Praxis, daß alle Glieder der Selbstverwaltung sich vor allem mit wirtschaftlichen Fragen befassen. Infolgedessen kommt es zu einer vielseitigen Beurteilung. Und wenn etwa in der Praxis die Ansicht der Partei ‚durchgeht', fühlen sich die andern Glieder der Selbstverwaltung benachteiligt und behaupten, daß mit ihrer Meinung niemand rechnet. In unserem Betrieb nimmt dieses Problem eine große Bedeutung an. Dazu kommt, daß — auf Konferenzen im Verband oder Ministerium — nur der Direktor und der Sekretär der Exekutive den Betrieb vertreten. Dort werden die Repräsentanten des Arbeiter- oder Betriebsrates nicht beachtet. Das hat zur Folge, daß die Arbeiter, die ihren Vertreter vor allem im Arbeiterrat sehen, fühlen, daß dieser Rat kaum zählt und sie ihm daher immer geringere Bedeutung beimessen. Andererseits nimmt eine kleine Gruppe von Menschen an den Arbeiten des Arbeiter- und Betriebsrates teil, die glaubt, daß sich ‚etwas' zum Bessern ändern wird. Das sind die

Ausdauerndsten. Das birgt die Gefahr, daß die Verantwortung für die Verwaltung des ganzen Betriebes schließlich auf jene kleine Schar von Menschen fällt. Werden sie dann die wirklichen Repräsentanten des Betriebes sein?»

Ich glaube, Sie vermuten bereits, was mir die Lust für das aufgetragene Thema nahm. Ähnlichen Äußerungen begegneten Sie, und nicht nur Sie, hunderte Male bei jeder Gelegenheit. Wir haben darüber auch im «Zycie Gospodarcze» geschrieben. Es schrieben auch «Rada Robotnicza» (Arbeiterrat), «Samorzasd Robotniczy» (Arbeiterselbstverwaltung), es sprachen darüber die Aktivisten der Kommission für die Arbeiterselbstverwaltung der Gewerkschaftszentrale, auch die sich mit diesem Problem befassenden Wissenschafter, Aktivisten der Betriebe, die Forscher des Instituts für soziale Wirtschaft. Aber alles blieb beim alten.

Wir stimmen überein, daß in vielen Unternehmen, Verbänden, Ressorts Direktoren sitzen, die persönlich die besten Beziehungen zur Arbeiterselbstverwaltung unterhalten und ihre Entwicklung gerne sehen würden. Aber trotzdem beachtet man die Meinung des Arbeiterrates nicht, ja man hört ihn oft überhaupt nicht an. Es scheint also, daß der wunde Punkt dieses Problems nicht in den Ansichten einzelner Menschen zu suchen ist, sondern in den allgemeinen Bedingungen. Da ich nicht glaube, daß mein Beitrag die bestehenden Verhältnisse ändern könnte, kann ich Ihren Auftrag nicht ausführen.

Sie werden mir antworten, daß sich in letzter Zeit eine mächtige Stimme für die Arbeiterselbstverwaltung erhob, daß der Zentralrat der Gewerkschaften die wesentlichsten Probleme der Arbeiterdemokratie anschnitt. Er unterzog die Lage einer gründlichen Analyse und stellte wichtige Forderungen an die Planungskommission und an den Ministerrat. Sicherlich besteht eine günstige Atmosphäre für eine breite Diskussion über die Vervollkommnung der Arbeit der Arbeiterräte.

Es ist möglich, daß ich mich allzusehr mit meiner Resignation beeilte. Ich besuchte den Betrieb, als das Plenum des Zentralrates der Gewerkschaften eine Reihe von Postulaten erst präzisierte, die auf eine Änderung der allgemeinen Bedingungen für die Tätigkeit der Arbeiterselbstverwaltung hinzielen. Dies hat möglicherweise meine Gesprächspartner noch nicht erreicht. Mein Pessimismus kommt daher, weil das seit drei Jahren geltende Gesetz noch nicht verwirklicht wurde.

Sie, Herr Redaktor, sind, wie ich bemerken konnte, jetzt Optimist. Möglich, daß Sie recht haben. Ich möchte Ihnen diesen Optimismus zubilligen. Aber ich glaube, daß ich es erst nach einem neuerlichen Besuch im genannten Betrieb, nach Ablauf einer bestimmten Zeit, tun könnte.

Dazu ist zu bemerken: In der Regierung und im Politbüro sitzen auch Stalinisten, wie zum Beispiel im Planungsministerium E. Szyr. Was kann man von ihnen anderes erwarten als Befehle. Andererseits scheint es, daß die Gewerkschaftszentrale sich kein Gehör verschaffen kann. M. B.

Die englischen Gewerkschaften

Im Chor der europäischen Gewerkschaften nehmen die englischen Trade Unions, sowohl was ihre zahlenmäßige als auch ihre historische Bedeutung betrifft, eine Sonderstellung ein. Die Ausstrahlung der britischen Gewerkschaftsbewegung auf die kontinentalen Gewerkschaften war besonders in der Vergangenheit recht stark. Im Gegensatz zum Schweizerischen Gewerkschaftsbund, dem fünfzehn Einzelgewerkschaften mit rund 430 000 Mitgliedern angehören, umfaßt der englische Gewerkschaftsbund (Trades Union Congress, abgekürzt TUC) fast 200 Gewerkschaftsverbände mit annähernd 9 Millionen Mitgliedern, wobei aber 18 Gewerkschaften mehr als die Hälfte der Gesamtmitgliedschaft des TUC vertreten.

Es gibt bereits einige gute Werke, die den deutschsprachigen Leser über die englischen Gewerkschaften informieren. Als Einführung kann noch immer die kurzgefaßte Broschüre von Herbert Tracey, die unter dem Titel «Die britische Gewerkschaftsbewegung» erschienen ist und im Auftrage des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften (IBFG) herausgegeben wurde, empfohlen werden. Vor kurzem hat nun Emil Bandholz im Bund-Verlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine 400 Seiten starke Untersuchung über die englischen Gewerkschaften veröffentlicht. In diesem geschichtlichen Werk wird das Schwergewicht auf die von Industriezweig zu Industriezweig, von Gewerkschaft zu Gewerkschaft recht unterschiedliche Methode der kollektiven Lohnverhandlungen gelegt, wobei der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg erfreulicherweise besondere Beachtung geschenkt wird.

In einem ersten Teil zeigt der Autor die große historische Entwicklungslinie auf. Vieles wird dabei allerdings erst im eigentlichen Hauptteil verdeutlicht, in dem der Verfasser sechs Gewerkschaften näher untersucht: die Landarbeitergewerkschaft, die Maschinenbauergewerkschaft, die Bergarbeitergewerkschaft, die Eisenbahnergewerkschaft, die Lehrergewerkschaft und die Gewerkschaft der Drucker und Schriftsetzer. Über die Richtigkeit dieser Auswahl läßt sich natürlich diskutieren. Man wird es vielleicht bedauern, daß gerade die größte Gewerkschaft, die Transport and General Workers' Union, nicht in die Untersuchung einbezogen wurde. Aber es ist dem Autor zugute zu halten, daß es ihm ja nicht einfach darum ging, das Erreichte und Erkämpfte, die Siege und Niederlagen aufzuzählen. Diese Auswahl wurde getroffen, um das jeweils Typische in der Maschinerie der Lohnverhand-

lungen aufzuzeigen. Die Unterschiede sind in der Tat recht groß. Die Reichweite erstreckt sich von der freien kollektiven Lohnverhandlung bis zur mehr oder weniger gebundenen, institutionalisierten Regelung, die der Einflußmöglichkeit des Staates weiten Raum beläßt. Erläutert werden auch die Rolle und Bedeutung der Schiedsgerichte sowie der speziellen Untersuchungsausschüsse, die beim Nichtzustandekommen einer Einigung eingesetzt werden können.

Der dritte Teil des Buches ist mit «Leitmotive der Wirtschaftspolitik der englischen Gewerkschaften in der Periode der Vollbeschäftigung» überschrieben. Es ist jedoch zu sagen, daß in diesem Teil nicht eigentlich die Wirtschaftspolitik der britischen Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg beschrieben wird, sondern vorwiegend die Lohnpolitik. Aufschlußreich sind vor allem die Probleme, die sich für die Gewerkschaften aus der Austerity-Politik der Labourregierung ergaben. Die Arbeiterregierung hat sich bekanntlich aus allgemeinen wirtschaftlichen Erwägungen für eine restriktive Lohnpolitik eingesetzt, was von den britischen Gewerkschaften ein hohes Maß von Zurückhaltung und Selbstüberwindung erforderte.

Den persönlichen Wertungen und Schlußfolgerungen des Verfassers wird man nicht immer beipflichten können. Dies gilt zum Beispiel für die in diesem Buch vertretene Auffassung, wonach die Gewerkschaften politische Vereinigungen sind, «deren Wirken zwar im ökonomischen Bereich liegt und deren Auseinandersetzungen auf der taktischen Ebene Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen geführt werden, daß diese Auseinandersetzungen aber erst im politischen Bereich ihre eigentliche Krönung in der schrittweisen Umgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erhalten.»

Ein Mangel des Buches besteht darin, daß kaum etwas über die handelnden Persönlichkeiten ausgesagt wird. Schließlich sind es Menschen, die die Politik der Gewerkschaften machen. Persönliche Rivalitäten, dies kann gar nicht verschwiegen werden, beeinflussen manche Entscheidung. Es wäre interessant gewesen, über die Hintergründe der verschiedenen gewerkschaftlichen Verhaltensweisen etwas zu erfahren. So fehlt leider die psycholgische Durchleuchtung, und damit bleibt das an sich lesenswerte Werk im Rahmen der traditionellen Darstellungen über die Geschichte der Gewerkschaften. Zu kritisieren wäre auch eine gewisse Schwerfälligkeit und Eintönigkeit im Stil und die nicht immer glückliche Wortwahl, die sich aus der Übersetzung englischer Ausdrücke ergab. Die Tabellen und Kurven sind zwar aufschlußreich, hätten aber zum Teil besser dargestellt werden können. — Trotz diesen kritischen Bemerkungen handelt es sich aber um eine verdienstvolle Arbeit, die nicht zuletzt jene Leser interessieren dürfte, die eine Antwort auf die Frage über die Beziehungen zwischen der Labour Party und den englischen Gewerkschaften suchen. *B. H.*

MAMADOU DIA

Réflexions sur l'Economie de l'Afrique Noire

(Betrachtungen über die Wirtschaft des schwarzen Afrika. Verlag: Présence Africaine.)

Der Regierungschef der Republik Senegal ist von Beruf Nationalökonom und westlich orientiert. Seine Ausführungen verdienen daher unsere Aufmerksamkeit.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte der koloniale Kapitalismus, der die Stabilität der afrikanischen Gesellschaftsordnung zerstört und die Entvölkerung der afrikanischen Dörfer verursacht hatte, seine Ziele und Methoden in Afrika geändert. Große Summen wurden im sozialen Unterbau angelegt und auf die autochthone Produktion der Landwirtschaft großes Gewicht gelegt. Ohne die Privatwirtschaft auszuschließen, wurde dem Staat eine bedeutende Beteiligung an der Wirtschaft eingeräumt. Institutionen für wirtschaftliche und soziale Entwicklung wurden ins Leben gerufen. Für die französischen Kolonien war es die Fides. Auch eine Spezialbank wurde für die überseeischen Gebiete gegründet. Ähnliche Institutionen entstanden im Belgischen Kongo und in den britischen Kolonien. Auch internationale Einrichtungen wurden für diesen Zweck geschaffen, wie zum Beispiel eine internationale Investitionsbank für die unterentwickelten Länder.

Der Fortschritt der zivilisierten Welt ließ Afrikas Teilnahme wünschenswert erscheinen. Frankreich und England, die ihr Defizit gegenüber dem Dollar ausgleichen wollten, entwickelten in Afrika die Bergwerkindustrie, die Baumwollkultur. Aber diese Investitionen erfolgten im europäischen Interesse.

Es war die Angst vor einer Ausbreitung des Kommunismus, die die Kolonisatoren veranlaßte, die Selbständigkeit der unterentwickelten Völker anzuerkennen und der Misere in Afrika Einhalt zu tun.

Die neuen Pläne sehen nicht mehr die Ausfuhr von Rohstoffen vor. Ihre Umformung sollte im Lande erfolgen. Trotz den Investitionen sozialen Charakters ist in Belgien und Frankreich eine starke Tendenz zur Gewinnung von Rohstoffen für das Mutterland vorhanden. Im britischen Teil arbeiten Bergwerkindustrie und Plantagen für den Export.

In Eurafrika ist Afrika eine strategische und ungeheure Menschenreserve. Die Anhänger Eurafrikas wissen, daß Afrika 40 Prozent der hydraulischen Energie der Welt besitzt. Aber Eurafrika kann für Afrika eine große Gefahr werden infolge des traditionellen Charakters des europäischen Kapitalismus, der an der Ausbeutung der klassischen Ressourcen festhält. Hier ist die Ursache für die Schwäche der afrikanischen Wirtschaft. Die wenigen Basisprodukte leiden unter der Fluktuation der Weltmarktpreise. Diese wirtschaftliche Labilität verursacht soziale und politische Unruhen.

Die größte Gefahr für den afrikanischen Kontinent ist die amerikanische Politik der strategischen Rohstoffe, die der Paley-Bericht in sechs Jahren zu realisieren plant. Amerika wendet sich dem afrikanischen Kontinent zu. Punkt 4 des Truman-Plans wird leider keine Ergebnisse bringen. Amerika wird durch eine moderne Ausrüstung der Bergwerke und unter dem Schein technischer Hilfe seine Hand auf die Reichtümer des Kontinents legen. Die Amerikaner interessieren sich nicht für die afrikanische Landwirtschaft, sondern nur für diejenigen Gebiete, wo Erze gefördert werden, für Rhodesien, den Kongo, die Goldküste, Sierra Leone usw. Die amerikanischen Investitionen wurden scharf kritisiert, zum Beispiel in Nigeria.

Ein großer Nachteil der Investitionspolitik ist, daß sie die lokalen Bedürfnisse nicht beachtet. In den gemischten Gesellschaften ist die autochthone Vertretung sehr schwach. Die Kapitalinteressen sind vom Privatinteresse bestimmt. Sie gehen auf große Gewinne aus, die ihnen der Handel bietet. Die Gewinne werden den Banken im Mutterland zufließen. Die lokale Wirtschaft profitiert nicht davon. Die durch die Monopole begünstigte Akkumulation der Gewinne zeugt neue privilegierte Klassen. Die weiße Minderheit in Südafrika zum Beispiel kann dank den britischen Investitionen der schwarzen Mehrheit ihre Herrschaft aufzwingen.

Der afrikanische Nationalismus hat seine Ursache in dem Mißverhältnis zwischen der herrschenden Wirtschaft der Metropolen und den von ihnen beherrschten lokalen Wirtschaften. Der Nationalismus ist bestrebt, zwischen beiden das Gleichgewicht herzustellen.

Viele Experten, auch Wissenschafter, haben sich für eine ausschließlich landwirtschaftliche Entwicklung des afrikanischen Kontinents erklärt. Da versucht ein Paternalismus unter technischen Vorwänden eine strikt landwirtschaftliche Funktion Afrikas aufzubauen, damit es weiterhin ein Absatzgebiet für die europäische Industrie bleibt und eine Quelle agrarischer Produkte für die auswärtigen Märkte. Auch diejenigen europäischen Kreise, die sich für eine Industrialisierung erklären, sehen diese vom europäischen und nicht vom afrikanischen Standpunkt an. Für sie bedeutet die Industrialisierung Afrikas eine Entwicklung der Rohstoffe, für Amerika neue Quellen strategischer Rohstoffe. Leider, schreibt Mamadou Dia, haben auch die europäischen Sozialisten keine andere Einstellung zur Industrialisierung der unterentwickelten Länder. Die afrikanischen Nationalisten und Eliten wollen die Industrialisierung im Interesse Afrikas und der modernen Welt. Sie wissen, daß sie den realen Möglichkeiten entspricht.

Afrika industrialisieren heißt, anstelle der Rohstoffwirtschaft eine Umformungsindustrie organisieren, heißt die industriellen und landwirtschaftlichen Produkte zugunsten der autochthonen Produzenten und der lokalen Wirtschaften aufwerten. Es soll keine totale Industrialisierung sein, die alle

Regionen und alle Sektoren umfassen soll, aber ebensowenig soll Afrika ein Agrarland bleiben. Zwischen Afrika und dem Westen soll eine echte bilaterale Solidarität bestehen.

Eine sozialistische Wirtschaftspolitik muß für die Gleichheit der Wirtschaften und Kontinente eintreten, die Spaltung in herrschende und beherrschte Zonen ablehnen. Sie darf nicht für ein Eurafrika sein, damit die alten Empires wieder aufleben. Afrika und Europa müssen die gleichen Rechte haben. Eine sozialistische Wirtschaftspolitik muß sich den Bedürfnissen der lokalen Industrien widmen, die stets im Kampfe mit den Privatinteressen stehen. Die sozialistische Wirtschaftspolitik muß die falschen Planungen ablehnen, die viele unsaubere Interessen bergen. Der europäische Sozialismus, der die internationale Einheit des Proletariats verkündet, darf sich im Kampf zwischen Kapitalismus und Nationalismus der beherrschten Länder nicht gegen diese stellen.

Obwohl Mamadou Dia kein Anhänger der materialistischen Philosophie ist, betont er, daß es keine Doktrin gibt, die, wie der Marxismus, so kategorisch die Ausbeutung der Menschen verurteilt und eine vollwertige Erklärung für die Spaltung der Welt in herrschende und beherrschte Wirtschaften liefert.

Die europäischen Arbeiter müssen sich mit den Arbeitern aller Länder, einschließlich der überseeischen, identifizieren. Der europäische Sozialismus wird dadurch, daß er in Afrika eine sozialistische Wirtschaft aufbauen hilft, beweisen, daß er imstande ist, sich gegen die Gefahren eines Rückzuges zu schützen, den der Kapitalismus in Europa aus taktischen Gründen vollzieht, um seinen Kampf auf die unterentwickelten Länder zu übertragen.

Afrika wartet auf die Hilfe der europäischen Sozialisten. Es gibt keine andere Möglichkeit für eine afrikanische Wirtschaft, wo Kapital und Technik die Bedürfnisse der Menschen decken und unersetzliche kulturelle Werte erhalten bleiben. Das kann nur durch eine sozialistische Wirtschaftspolitik erreicht werden.

Mamadou Dia spricht dann von der notwendigen Erhöhung der Entwicklungshilfe und beruft sich dabei auf fachliche Expertisen. Er ist gegen die gemischten Gesellschaften, die oft Privatinteressen vertreten, die in Oligarchien ausarten. Er unterzieht die Internationale Bank für die überseeischen Gebiete einer scharfen Kritik. Denn dort ist eine getarnte Internationalisierung zwecks kapitalistischer Ausbeutung durch spezialisierte Investitionsgesellschaften vorhanden. Man darf den internationalen Neokolonialismus nicht aufleben lassen durch Optionen zwischen überseeischen und europäischen Investitionen. Die Monopole müssen abgebaut werden. Die Schweiz hat an Südafrika und den Belgischen Kongo bedeutende Anleihen vergeben. Schweden hat sich an der Ausrüstung Äthiopiens beteiligt.

Die überseeische Bank muß vor allem die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung befriedigen. In den Investitionsgesellschaften müssen die interessierten Territorien vertreten sein. Ein großes Übel ist, daß die autochthonen Produzenten sehr wenig von den Krediten erhalten. Der Löwenanteil geht an nichtproduktive Zwecke: für Personal und luxuriösen Aufwand. In den Dörfern müssen Sparkassen ins Leben gerufen werden. Denn ohne internes Kapital kann es keine Unabhängigkeit geben. Das beste Instrument für die Planung ist Kooperation.

Und zuletzt betont Mamadou Dia, daß Europa gegen die wirtschaftliche Einheit des afrikanischen Kontinents ist. *M. Bardach*

Blick in die Zeitschriften

Die von Dr. *Klaus Mehnert* redigierte Zeitschrift «*Osteuropa*», die im 12. Jahrgang in der Deutschen Verlagsanstalt (Stuttgart) erscheint, läßt auf ihre vorjährige bedeutende Aufsatzreihe «Übergang zum Kommunismus» nunmehr eine weitere Serie von Abhandlungen zum Thema *Polyzentrismus im Ostblock* folgen. In Heft 4/5 beginnt diese Aufsatzreihe mit einem redaktionellen Aufsatz über «Einheit und Vielfalt als Problem des Verhältnisses zwischen Partei und Staat», dem Arbeiten über speziellere Themen folgen: Die zweite Entstalinisierung — Die Ursprünge des Polyzentrismus in der italienischen Volksfrontkrise — Von der proletarischen Solidarität zum Polyzentrismus im Weltkommunismus. Für die nächsten Hefte sind Untersuchungen über die Lage in der DDR, in Bulgarien, in Albanien sowie über die Grenzen von Chruschtschews Machtposition, über das Verhältnis zwischen Moskau und Peking und über die Stellungnahme der französischen Kommunistischen Partei vorgesehen.

Die Zeitschrift «*Europa-Archiv*», die von der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik in Bonn herausgegeben wird, bringt in Heft 9 einen Aufsatz von *Boris Meißner* über das Thema «Sowjetrußland und der Ostblock — Hegemonie oder Imperium?». In Heft 11 der Zeitschrift schreibt Dr. *J. W. Brügel* informierend und kritisch über «Die europäische Sozialcharta»; zu Algerien äußern sich *Ben Youssef*, *Ben Khedda* und *Walter Schütze*, über den «Fall Goa» (Indien und der Kolonialismus) schreibt *D. P. Singhal.*

In der neuesten Ausgabe der Zeitschrift «*Die neue Gesellschaft*» (Bielefeld, Mai/Juni 1962) schreibt *Erich Ollenhauer* über den Kölner Parteitag der SPD, Prof. *Gerd Burkhardt* über Wissenschaft und Politik, wobei er ins-